

AfW unterzeichnet „Joint Statement“ zur EU-Omnibus-Initiative - Nachhaltigkeitsregulierung: Vermittlerinnen und Vermittler brauchen Substanz statt neuer Lücken



Norman Wirth, geschäftsführender Vorstand des AfW © AfW Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Die EU-Kommission plant im Rahmen der sogenannten Omnibus-Initiative, zentrale Elemente der europäischen Nachhaltigkeitsregulierung zu überarbeiten - darunter die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) sowie die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD). Ziel ist es, Bürokratie abzubauen und die Anforderungen für Unternehmen zu vereinfachen.

Der AfW Bundesverband Finanzdienstleistung begrüßt diesen Impuls zur Entlastung – warnt jedoch eindringlich vor einem Rückschritt, der neue Probleme schafft. Deshalb hat der AfW das Joint Statement on the Omnibus Initiative mitunterzeichnet. Darin fordern bisher über 275 Organisationen und Unternehmen, mehrheitlich der Finanz- und Versicherungsbranche, – darunter Allianz, Nordea, Royal London und GLS Bank, aber auch IKEA und Nokia – die EU-Kommission auf, bei der Überarbeitung zentraler Nachhaltigkeitsregelwerke wie CSRD, ESRS und CSDDD auf Augenmaß zu setzen: Vereinfachung ja – aber ohne Substanzverlust.

Was das Joint Statement unter anderem fordert:

- Beibehaltung der CSRD-Schwelle bei 500 Mitarbeitenden
- Verlässliche Berichterstattung als Grundlage für nachhaltige Beratung
- Risikobasierte Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette (CSDDD)

Warum das „Joint Statement on the Omnibus Initiative“ für Finanzvermittler entscheidend ist

Die EU-Taxonomie soll künftig in vielen Bereichen freiwillig werden, die Berichterstattungspflichten reduziert, die ESG-Sorgfaltspflichten gelockert. Für manche

Unternehmen mag das eine Entlastung sein – für Finanzvermittlerinnen und -vermittler entsteht eine gefährliche Lücke:

Weniger Berichtspflichten bedeuten weniger Daten. Aber die Pflicht zur ESG-Abfrage bleibt bis auf weiteres. (Eine Aussetzung für zwei Jahre hat der Votum Verband gefordert. Dieser Forderung hat sich der AfW angeschlossen.) Ohne standardisierte, vergleichbare Informationen müssen Intermediäre künftig auf kostenpflichtige ESG-Ratings, externe Analysen und individuelle Recherchen zurückgreifen. Das verteuert nicht nur die Beratung – es gefährdet auch ihre Qualität und rechtliche Sicherheit.

Norman Wirth, geschäftsführender Vorstand des AfW, erklärt: „Die bisherige ESG-Regulierung war für viele unserer Mitglieder nicht umsetzbar – zu überfrachtet, zu bürokratisch, zu weit weg vom Beratungsalltag. Doch ein pauschaler Rückbau schafft neue Probleme: Wenn künftig mehr als 80 % der ursprünglich verpflichteten Unternehmen nicht mehr berichten müssen, fehlen verlässliche Daten, für die vorgeschriebene Beratung nach ESG-Präferenzen. Es droht die Basis dafür wegzubrechen. Das schafft Unsicherheit und es könnte das bereits angeschlagene Vertrauen der Kundinnen und Kunden in nachhaltige Finanzberatung nachhaltig gefährden. Deshalb unterstützen wir als AfW dieses Statement: Regeln vereinfachen, ja – aber ohne die Transparenz und Verlässlichkeit aufzugeben, die Vermittlerinnen und Vermittler für qualitätsgesicherte Beratung brauchen.“

Das Joint Statement ist hier zu finden: <https://www.eurosif.org/wp-content/uploads/2025/06/Joint-statement-Omnibus.pdf>

Es kann weiterhin hier mitunterzeichnet werden: https://forms.cloud.microsoft/Pages/ResponsePage.aspx?id=XYAN9UjhzkqQ2EnmAKel_L_CAMegdoNDovq8YJNcyvZUMFo5SEJKWk5LWE5DVDU3NFVUNKQxSEs5Vi4u

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0
Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29
E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
Kurfürstendamm 37
10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittler:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.